

Pressemitteilung
Nr. 082/2022
Kiel, 15.06.2022

Pressesprecher Per Dittrich, Tel. (04 31) 988 13 83

SSW im Landtag

Düsternbrooker Weg 70
24105 Kiel

Tel. (04 31) 988 13 80
Fax (04 31) 988 13 82

Norderstraße 74
24939 Flensburg

Tel. (04 61) 144 08 300
Fax (04 61) 155 08 305

E-Mail: landtag@ssw.de

Endgeräte in den Schulen: Staubfänger helfen niemandem

Schulträger und Lehrkräfte fühlen sich mit den vom Land zur Verfügung gestellten Endgeräten im Stich gelassen. Bis zum Schulbeginn im Sommer muss das Problem gelöst sein, fordert die bildungspolitische Sprecherin der SSW-Fraktion, Jette Waldinger-Thiering.

Vor einigen Wochen kam es zu Uneinigkeiten zwischen Schulträgern und dem Bildungsministerium, wer eigentlich für die softwareseitige Ausstattung von und den Support für die Endgeräte der Lehrkräfte zuständig ist.

So würden die Laptops lediglich mit grundlegenden Programmen, nicht aber mit schulspezifischer Software ausgeliefert, teilte etwa die Kieler Stadtverwaltung mit. Auch bei IT-Probleme sei unklar, wer diese behebt. Da die Dienstgeräte Landeseigentum sind, sehen die Schulträger hier das Bildungsministerium in der Pflicht. Zu Recht, wie die Antwort der Landesregierung auf eine kleine Anfrage der SSW-Bildungspolitikerin Jette Waldinger-Thiering jetzt ergeben hat (Drucksache 19/3836).

Zur Ausstattung aller Lehrkräfte mit Endgeräten gehöre auch die Administration und der Support für landesseitig zur Verfügung gestellten Geräte sowie Anwendungen und Apps, heißt es darin.

"Das klingt ja schön und gut. Nur, dass es in der Praxis eben nicht zu funktionieren scheint", kritisiert Jette Waldinger-Thiering. Die Lehrkräfte

hätten wahrlich Besseres zu tun als sich nebenbei auch noch zu IT-Spezialisten fortzubilden. "Deshalb erwarte ich, dass die Bildungsministerin hier ihrer Verantwortung gerecht wird und dafür sorgt, dass die Endgeräte fit für den Schulgebrauch gemacht werden. Denn Laptops, die in den Schulen nur als Staubfänger dienen, helfen niemandem", so die SSW-Abgeordnete.

Bis zum Ende der Sommerferien bleibe der Ministerin genug Zeit für Abhilfe zu sorgen. "Alles andere wäre unzumutbar".

